

(Olaf Böttger)

eine konsequente Umsetzung der Verbotsforderung des Glücksspielstaatsvertrags gegenüber privaten Anbietern, inklusive der Internetangebote. Das ist nicht einfach, aber sinnvoll. Wettannahmen ohne gültige Lizenz sind konsequent durch die Ordnungsbehörden zu schließen.

Bei PC-Onlinekasinos, den sogenannten 0900er Nummern, sollten wir konsequent den Geldtransfer blockieren. TV-Kasinos oder Call-in-Gewinnspiele sollten wir konsequent verbieten. Wir sollten auch über Werbeverbote nachdenken. Wenn sich beispielsweise ein berühmter Tennisspieler hinstellt, Werbung macht und sagt, wecke den Spieler in dir, dann finde ich das persönlich nicht mehr lustig.

Vor diesem Hintergrund wollen wir ferner erreichen, dass der Aufenthalt in Spielhallen nicht zu komfortabel gestaltet wird, zum Beispiel durch kostenlose Getränke oder zu lange Öffnungszeiten, speziell unter dem Fokus von Kindern und Jugendlichen. Ferner wollen wir die konsequente Umsetzung des Jugendschutzgesetzes vor Ort. Weiterhin wollen wir prüfen, ob und inwieweit Beratungen und Sperren von Spielsüchtigen, die für Spielbanken schon gelten, auch auf Spielhallen flächendeckend ausgeweitet werden können. Wir wollen auch prüfen – das sprach Linda Heitmann eben schon an –, ob wir nicht mit einer Bundesratsinitiative die Spielverordnung dahingehend ändern können, dass wir zum Schutz der Spieler mehr tun können. Entsprechende technische Identitätskontrollen wären in diesem Zusammenhang ebenfalls wünschenswert.

Planstellenaufstockungen im Hamburger Suchthilfesystem, liebe Frau Artus, klingen immer sehr schön. Aber leider setzen Sie nicht an den Wurzeln an. Das kritisiere ich und deswegen werden wir auch diesen Vorschlag ablehnen.

Man erlebt bei der Umgehung der Spielgeräteverordnung unschöne Dinge; beispielsweise werden Spielautomaten für potenzielle Spieler schon vorgemünzt, also am Abend schon mit Geld aufgefüllt, damit der Spieler gleich das volle Programm durchspielen kann. Mit Automatiktastaturen werden die Leute dazu gebracht, dass sie gleich mehrere Dinge auf einmal bedienen können. Wenn wir weiterhin nicht dafür sorgen, dass in Räumlichkeiten, zu denen Kinder und Jugendliche Zugang haben, nach wie vor mit unerlaubten Spielgeräten gearbeitet wird, dann versäumen wir auf diesem Gebiet etwas.

Ich bin auch der Meinung, dass man die maximale Anzahl der Geldspielgeräte pro Standort beschränken sollte. Wie man das im Einzelnen macht, inwieweit man dies in eine rechtliche Regelung fasst, bleibt einer entsprechenden Initiative vorbehalten. Linda sagte zu Recht, da sei noch viel Musik drin. – Ich bedanke mich für das Zuhören.

(Beifall bei der CDU und bei Andreas Waldowsky GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Vielen Dank, Herr Präsident. Es wurde jetzt sehr viel Richtiges gesagt. Ihr Antrag, Frau Heitmann, geht selbstverständlich völlig in Ordnung. Aber wir sind uns auch sicherlich einig, dass dies nicht alles ist, sondern dass es dann weitergehen wird und muss. Es ist völlig richtig, dort anzusetzen, wo es um Jugendliche geht, die dabei sind, irgendwo hineinzurutschen, wo sie besser nicht hineinrutschen sollten. Von daher ist auch der Präventionsansatz der eigentlich Wichtige.

Nur eines, Herr Böttger, fiel mir wieder auf. Ihre drogenfreie Kindheit und Jugend ist eine gute Sache, es gibt sie aber nicht. Es gibt Jugendliche, die in jedem Fall mit allem, was es an Drogen gibt, irgendwann und irgendwie einmal in Berührung kommen und dies auch möchten. Wir müssen es schaffen, sie in die Lage zu versetzen, damit richtig umzugehen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

Der Ansatz, dass sie nie etwas damit zu tun haben, ist einfach naiv. Es geht nicht, sie probieren es aus, ob es Alkohol ist oder Poker, sie probieren es einfach aus.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

Deswegen ist es völlig richtig, erst einmal zu sehen, wie es in Punkt 1 des Antrags der LINKEN steht, wie man die Prävention stärkt. Wenn wir im Ausschuss erfahren, dass die Gymnasien am meisten nach den Hilfestellungen nachfragen, dann muss man überlegen, wie man sich an diejenigen wendet, bei denen diese Hilfestellungen noch nicht so nachgefragt wurden, zum Beispiel die Berufsschulen. Dies sollte man verstärken. Es ist genauso richtig zu überlegen, wie man mit technischen Bedingungen die Möglichkeit für Jugendliche einschränkt, Dinge zu tun, die sie nicht tun sollten, zum Beispiel in Spielhallen abzuhängen und dort viel zu viel Geld auszugeben. Deswegen ist die Paysafecard für über und unter 18-Jährige und die Kontrolle, ob jemand über 18 ist, auch völlig richtig. Ebenso stimmt es, dass die Spielhallen das eigentliche Problem sind, aber auch das Internet, weil dort der Zugang zu einfach ist.

Dies ist alles völlig richtig, aber haben Sie bitte nicht die Naivität zu meinen, man könne das Problem völlig abstellen. Das geht nicht, man muss die Jugendlichen in die Lage versetzen, damit richtig umzugehen. Hier finden der Antrag der Grünen und der erste Punkt des Antrags der LINKEN auch

(Dr. Martin Schäfer)

unsere volle Zustimmung, wir werden deswegen auch zustimmen.

Zum zweiten Punkt der LINKEN: Mir würde auch einfallen, wo ich noch Stellen im Suchthilfesystem haben möchte, aber nicht nur in diesem, sondern auch in anderen Bereichen. Darüber nachzudenken sollten wir uns für die Haushaltsberatungen aufheben, dort gehört es hin. Man muss auch sehen, wo auf welche Weise um- und nachgesteuert werden kann. Deswegen möchten wir der Forderung nicht zustimmen, jetzt ad hoc wie aus der Hüfte geschossen zwei Stellen irgendwo zu schaffen, ohne gründlich darüber nachgedacht zu haben, wo sie genau hingehören.

Schade finde ich, dass der dritte Antrag zu diesem Bereich, nämlich der der CDU zu den Spielhallen, nicht einfach dazu gelegt wurde. Wir hätten ihn hier auch debattieren können, dies wäre sinnvoll gewesen, obwohl der Antrag selbst von den dreien am wenigsten sinnvoll ist. Aber dazu morgen mehr.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Herr Böttger, ich finde Sie immer ziemlich unentspannt bei diesen sucht- und drogenpolitischen Debatten. Das mag damit zu tun haben, dass Sie eine drogenfreie Kindheit und Jugend zum idealen Ziel erhoben haben, aber das ist naiv. Angesichts der Tatsache, dass wir so oft das Thema Sucht und Drogen im Gesundheitsausschuss diskutieren und Sie dort auch als Fachsprecher sind, reden und denken Sie an den Realitäten vorbei. Aber ich freue mich trotzdem, dass Sie zur GAL ein so vertrauliches Verhältnis entwickeln.

Glücksspiel fasziniert die Menschen seit ewigen Zeiten und alle Regulationen, die es durch die Gewerbe- und Spielverordnung gibt, haben bislang nicht ausgereicht, um die Glücksspielsucht einzudämmen, ganz im Gegenteil. Die auch schon von der Kollegin Heitmann erwähnte SCHULBUS-Studie zeigt auf, dass bereits Minderjährige um Geld spielen, obwohl es erst ab 18 Jahren erlaubt ist. Sie sind nicht nur gefährdet, sie sind bereits in hohem Maß betroffen. Meine Fraktion findet daher auch, dass es nicht schaden kann, eine Alterskontrolle einzuführen.

Diese Studie hat aufgezeigt – es ging dort um Computerspiele und Glücksspielsucht im Internet –, dass die Glücksspielproblematik genau in diesem Bereich stattfindet. Genau dort halten sich die Jugendlichen heute auf, am Computer und im World Wide Web. Dort finden die Glücksspiele statt, die Spielhallen sind nicht so aktuell. Also müssen wir uns auf das Internet konzentrieren und

schauen, wie wir da Aufklärung betreiben können und Hilfestellungen geben.

Es ist deswegen überlegenswert, die Paysafecard zu regulieren, wobei es die Cards bereits für über und unter 18-Jährige gibt. Aber wie beim Alkohol oder beim Rauchen, das sagte der Kollege Schäfer bereits, finden Jugendliche immer einen Weg, um zu konsumieren. Daher muss unbedingt bei den Jugendlichen selbst angesetzt werden, über den Weg der Aufklärung und der Hilfestellung.

Hamburg verfügt über ganz gute Einrichtungen. Wir haben zum Beispiel die Glücksspielberatung bei BOJE, die Schuldnerberatung bei der Aktiven Suchthilfe, Spielersprechstunden im UKE und eine Suchtambulanz bei der Asklepios Klinik Nord und im Lukas-Suchthilfezentrum. Es reicht aber deswegen nicht aus, weil es nicht genügt, nur Anlaufstellen zu haben. Deswegen haben wir uns entschieden, diesen Zusatzantrag zu stellen.

Suchtarbeit bedeutet einerseits, die Hürden für den Konsum hoch zu stellen, da sind wir uns einig. Dies ist aber nur bedingt tauglich, das sagt die Lebenserfahrung. Suchtarbeit wirkt aber auch auf die Verkürzung des Konsums hin. Wirksame Hilfe wäre, wenn die Suchtberaterinnen und Suchtberater in alle Hamburger Schulen ab Klasse 7 oder 8 und in ausbildende Betriebe gehen könnten, wenn Lehrerinnen und Lehrer, Ausbilderinnen und Ausbilder, natürlich auch Personalreferenten und Personalreferentinnen in Interventionsgesprächen geschult würden. Sie werden nämlich nicht ausreichend geschult. Hierfür muss Hamburg dringend Geld in die Hand nehmen. Dies wäre erfolgreicher als jede Plakataktion, die derzeit durchgeführt wird.

Die Folgen von Glücksspielsucht kommen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und natürlich auch die Krankenversicherungszahlerinnen weitaus teurer zu stehen als Suchtprävention und Suchthilfe. Verschuldung, das wurde schon erwähnt, kann zu prekären Lebensverhältnissen führen, zu Arbeitslosigkeit und Vereinsamung. Wenn Sie sich fragen, warum Jugendliche ihren Schulabschluss nicht schaffen oder auch in ihrer Ausbildung scheitern, dann können Sie in der exzessiven Teilnahme an Glücksspielen auch einen der Gründe dafür finden. Ein qualitativer und quantitativer Ausbau des Suchthilfesystems wäre deswegen mehr als sinnvoll und ein gesellschaftlicher Beitrag, der dann auf mittlere Sicht viele Kosten reduzieren würde. Kosten, die im Gesundheitssystem anfallen oder Kosten, die durch Sozialhilfeleistungen entstehen. Aber auch die Einnahmeseite würde verbessert werden, weil gesunde Menschen eher einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachgehen können.

Daher haben wir diesen Zusatzantrag gestellt. Im Übrigen bedauere ich es genauso, dass der Spielhallenantrag der CDU nicht diskutiert wird, ich verstehe das überhaupt nicht. Sie, Herr Böttger, sind